



Politischer Informationsdienst aus Berlin
für den Wahlkreis 119 - Essen II -
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

Sitzungswoche vom 27.01.2014 bis 31.01.2014



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

nun endlich nimmt die Arbeit im Deutschen Bundestag „Fahrt auf“. Obwohl noch formale Angelegenheiten mit Hilfe von Abstimmungen im Plenum geklärt werden mussten, wurde die ersten Weichen für die Umsetzung des Koalitionsvertrages gestellt.

In ihrer Erklärung im Deutschen Bundestag führte die neue Bundesarbeitsministerin aus, wie das Rentenpaket umgesetzt werden soll. Dabei wurde bereits im parlamentarischen Verfahren das Betragssatzgesetz 2014 und die Umsetzung des Rentenpaketes diskutiert. Dabei bilden die Forderungen der CDU/CSU den Schwerpunkt. Denn die CDU/CSU setzt sich für die Einführung der Mütterrente, eine gerechtere Erwerbsminderungsrente und die Erhöhung des Reha-Budgets ein. Unter welchen Voraussetzung die Umsetzung der Rente ab 63 erfolgen kann, werden die Anhörungen in den kommenden Wochen zeigen. Dieses Gesetz soll bis zur Sommerpause verabschiedet werden.

Diskussionsschwerpunkt am Randes des Plenums waren auch die Fragen im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Bedürftigen nach Deutschland. Besonders für Essen ist die Klärung der damit verbundenen Fragestellungen essentiell. Es gilt hier eine baldige Lösung zu finden! Ich halte Sie über die aktuellen Entwicklungen auf dem Laufenden.

Bis dahin wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende!

Ihre



In dieser Ausgabe:

Die Woche im Plenum 2

Aus dem Ausschuss
für Arbeit und
Soziales 2

Zahlen und Fakten 3

www.juttaeckenbach.de

www.bundestag.de

Die Woche im Plenum

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin. Auf der Klausur in Meseberg hat die neue Bundesregierung die Grundlinien ihrer Politik bestimmt und die Schwerpunkte des ersten Jahres dieser Wahlperiode herausgearbeitet. Die Bundeskanzlerin hat dem Deutschen Bundestag die Schwerpunkte der dritten von ihr geführten Regierung dargelegt.

Aussprache zur Regierungserklärung. Neben der Generalaussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin wurde in dieser Woche zudem die Politikfelder aller Ressorts debattiert. In den drei Tagen von Mittwoch bis Freitag stellten alle Fachminister die Leitlinien der von ihnen geplanten Arbeit dar, über die der Bundestag anschließend jeweils intensiv diskutierte.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012. Mit ihrer Präsenz haben die seit Anfang 2013 in der Türkei stationierten Flugabwehrraketen aus den Niederlanden, den USA und Deutschland zum Schutz der Türkei vor Angriffen aus Syrien beigetragen. Der Alliierte Oberbefehlshaber der NATO (SACEUR) hat in seinem turnusmäßigen Bericht vom 3. Dezember 2013 die Bedrohung der Türkei durch Syriens ballistische Kurz- und Mittelstreckenraketen als unverändert bewertet. Wir stimmten daher dem Antrag der Bundesregierung zu, den seit dem 4. Dezember 2012 bestehenden deutschen Beitrag zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO in der Türkei bis zum 31. Januar 2015 zu verlängern. Mit dieser defensiven Maßnahme unterstützen wir unseren NATO-Partner Türkei und beteiligen uns so am Schutz der türkischen Bevölkerung.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im gesamten Mittelmeer. Ebenfalls befristet verlängerten wir die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von der NATO geführten Operation „Active Endeavour“. Bis zum 31. Dezember 2014 können bis zu 500 Soldaten im Rahmen der maritimen Terrorismusabwehr eingesetzt werden, die sich momentan vor allem auf Seeraumüberwachung und Lagebildaustausch beschränkt. Gegenüber früheren Mandaten wurde auf die Befugnisse zur Kontrolle des Seeverkehrs oder zur Unterstützung spezifischer Operationen der NATO verzichtet.

Wahlen zu Gremien. Der neue Bundestag setzte in dieser Woche die Beschickung der von ihm zu besetzenden Gremien fort. Dazu wurden auf zwei Tage verteilt eine ganze Reihe von Wahlen durchgeführt. So war der 'Gemeinsame Ausschuss' nach Art. 53a Grundgesetz, das so genannte Notparlament zu besetzen. Außerdem wählte der Bundestag seine Mitglieder des Vermittlungsausschusses, des Wahlprüfungsausschusses und in den Richterwahlausschüssen. Darüber hinaus wurden weitere nach Grundgesetz oder Bundesgesetzen vorgesehene Gremien zur Ausübung der parlamentarischen Kontrolle des Regierungshandelns besetzt.

Aus dem Ausschusses für Arbeit und Soziales



v.l.n.r.: Mark Helfrich, Albert Stegemann, Jutta Eckenbach, Kai Whittaker

In seiner zweiten Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales diskutierten die Mitglieder über den **Entwurf des Beitragssatzgesetzes 2014** und die Voraussetzungen für die **Einsetzung des Staatssekretärsausschusses**. Dieser Staatssekretärsausschuss soll ressortübergreifend die Fragestellungen im Zusammenhang mit der sog. Armutszuwanderung nach Deutschland klären. Seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

wird diesem Ausschuss der Staatssekretär Jörg Asmussen angehören. Das Thema Armutszuwanderung war auch Schwerpunkt im außerparlamentarischen Bereich. Zusammen mit anderen Parlamentariern wurden die akuten Fragen hinsichtlich der Belastungen der Kommunen mit der Zuwanderung aus dem Ausland erörtert. Mir ist dabei besonders wichtig, dass nicht nur einzelne Kommunen entlastet werden sollen, sondern die Ursachen „an der Wurzel“ gepackt werden. Mein Hauptaugenmerk gilt hier natürlich unserer Stadt Essen und dem Ruhrgebiet. So werde ich in diesem Zusammenhang auch in der kommenden Woche weitere Gespräche mit Ansprechpartnern in Essen führen.

Zahlen und Fakten:

Weniger Arbeitsunfälle.

Im Jahr 2012 starben 677 Menschen an den Folgen eines Arbeitsunfalls, das sind 13 mehr als im Jahr davor. Diese Zahlen gehen aus der **Unterrichtung der Bundesregierung (18/179) zum Bericht über den Stand von Sicherheit und Gesundheit in der Arbeitswelt im Jahr 2012** hervor. Insgesamt haben sich demnach 2012 weniger als eine Million meldepflichtiger Arbeitsunfälle ereignet (969.860). Gegenüber 2011 sei dies ein Rückgang von 38.000 Fällen, schreibt die Regierung. Die Zahl der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit lag bei 73.574, die Zahl der Anerkennungen bei 15.949. Die Zahl psychischer Erkrankungen als Ursache für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sei auch im Jahr 2012 gestiegen und lag bei 74.460 Fällen, heißt es in der Unterrichtung weiter.

Mehr Braunkohlestrom – weniger CO₂.

Zwar lag der Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung 2013 mit 0,8% höher als im Vorjahr, allerdings emittieren die Kraftwerke in Deutschland weniger CO₂, weil alte Kraftwerke durch modernere und effizientere Anlagen abgelöst wurden. Demzufolge wird mehr Elektrizität mit weniger Kohle erzeugt. Die Braunkohlestromproduktion stieg auf 162 Milliarden Kilowattstunden, doch die dafür eingesetzte Menge Braunkohle sank nach Angaben des Bundesverbandes Braunkohle um 2% auf 182 Milliarden Tonnen. Die aus Braunkohlestrom verursachten Emissionen sanken entsprechend. Gegenüber 1990 hat Deutschland seine Emissionen um mehr als die versprochenen 21% reduziert. *(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Januar 2014)*